

Wort des Stellvertretenden Präses Wolfgang Prawitz zur Erklärung

„Solidarität mit jüdischen Menschen in Deutschland“

13. Kirchensynode der EKHN, 4. Tagung, 30.11.2023

Von Anfang an, schon beim Boykott jüdischer Geschäfte 1933, scheute sich damals die evangelische Kirche ein öffentliches Wort zugunsten der verfolgten Juden zu sagen, und das trotz einer ausdrücklichen Bitte der Reichsvertretung der deutschen Juden an den Ev. Oberkirchenrat Berlin. Zitat: „Die deutschen Juden erhoffen gegenüber den gegen sie gerichteten Bedrohungen ein baldiges Wort, das im Namen der Religion von der evangelischen Kirche in Deutschland gesprochen wird, damit unwiederbringlicher Schade auch für Gemeinsames des Glaubens abgewendet werde.“

Die laue Antwort des Ev. Oberkirchenrates in einem Telegramm:

„Verfolgen Entwicklung mit größter Wachsamkeit, hoffen, daß Boykottmaßnahmen mit heutigem Tag ihr Ende finden. E.O.K.R.“

Das darf heute nicht wieder passieren. Und es passiert auch nicht.

Wir sind dankbar dafür, dass es wieder jüdisches Leben, jüdische Gemeinden und jüdische Menschen in Deutschland gibt. Das ist nicht selbstverständlich!

Ich erinnere mich an Berichte darüber, dass jüdische Menschen in der Nachkriegszeit buchstäblich auf gepackten Koffern gesessen haben, immer mit der bangen Frage, ob sie in Deutschland sicher leben können. Und jederzeit bereit, nach Israel auszuwandern, das einzige Land auf dieser Erde, in dem Jüdinnen und Juden sicher sein könnten.

Der brutale Terrorakt der Hamas am 07. Oktober versucht genau das zu negieren. Ziel der Hamas ist die Auslöschung des Staates Israel als sicherer Heimstatt. Ziel der Hamas ist übrigens – man muss es so klar sagen – auch nicht die Befreiung der Palästinenser. Ziel ist deren islamistische Beherrschung und Unterdrückung.

Seit dem 7. Oktober nehmen weltweit Antisemitismus und die Bedrohung jüdischer Menschen in einem ungeheuren Ausmaß zu. Und leider auch in unserem Land. Es ist unerträglich, dass erneut jüdische Menschen bedroht und verfolgt werden. Wir können uns kaum vorstellen, was das heißt, wenn jüdische Familien Angst haben, ihre Kinder in die KiTa oder in die Schule zu schicken - selbst wenn es durch Polizeikräfte geschützte jüdische KiTas und Schulen sind.

Da genügt eine so laue Antwort wie 1933 vom Ev. Oberkirchenrat in Berlin verfasst, ganz sicher nicht.

Ja, wir verfolgen die Entwicklung mit größter Wachsamkeit. Aber wir bauen nicht darauf, dass sie sozusagen von selbst wieder aufhört. Wir stellen uns ausdrücklich gegen jede Form von Antisemitismus und Judenverfolgung.

Ich bin froh, dass bereits am 17. Oktober ein „Gemeinsames Statement aus Anlass des Spitzengesprächs des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Hessen und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau“ veröffentlicht wurde, zeigt doch dieses gemeinsame Wort, wie eng und vertrauensvoll das Verhältnis zwischen der EKHN und den jüdischen Gemeinden ist. Auch das ist nicht selbstverständlich und wir sind dankbar dafür. Und trotzdem ist es wichtig, dass auch wir als Kirchensynode, als das „maßgebende Organ der geistlichen und rechtlichen Leitung der Gesamtkirche“, uns klar positionieren.

Der KSV hat Menschen aus unserer Kirche, die im christlich-jüdischen Dialog, im christlich-muslimischen Dialog und in der Friedensarbeit engagiert sind zusammen mit dem Leiter unseres Zentrums Ökumene um eine Textvorlage gebeten. Sie haben den Ihnen in der Drucksache 94/23 R vorliegenden Text erarbeitet. Er wurde danach im Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung und im Theologischen Ausschuss beraten. Die Kirchenleitung hat ihn sich in ihrer Sitzung am 23. November zu eigen gemacht.

Wenn wir uns solidarisch an die Seite der jüdischen Menschen in Deutschland stellen und uns gegen jeden Antisemitismus positionieren, dann sind wir nicht blind für antimuslimischen Rassismus. Im Gegenteil: Wir sind dankbar für den wachsenden Dialog zwischen jüdischen, muslimischen und christlichen Gemeinden in Deutschland. Wir freuen uns über Grußbotschaften und gegenseitige Gastfreundschaft, wo immer diese möglich wird. Dieser Dialog schließt jegliche Formen von Antisemitismus aus – wir begrüßen die dementsprechenden Erklärungen auch von muslimischen Gemeinden und Verbänden. Wir halten daran fest, dass wir gemeinsam eine Nachbarschaft brauchen, in der niemand Angst haben muss. Dafür setzen wir uns ein.

Die Solidarität mit jüdischen Menschen ist nicht ausschließend – was wäre das auch für eine Solidarität. Sie ist offen und einladend. Und sie folgt aus unserem Bekenntnis zur „bleibenden Erwählung der Juden und Gottes mit ihnen“, wie es in unserem Grundartikel formuliert ist.

Ich bitte Sie, sich diese Erklärung zu eigen zu machen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.